

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

STANDPUNKT

- 2 Martin Dörmann zur Finanzmarktkrise
„Das Comeback der Politik“

WAHLKREIS

- 3 Olaf Scholz besucht Schütte-Werk in Köln-Poll
- 3 Einweihung des Kunstrasenplatzes des SV Westhoven-Ensen

BUCHVORSTELLUNG

- 4 Neue Bücher sozialdemokratischer Autoren

BUNDESTAG

- 6 SPD-Parteitag wählt neues Führungsduo
- 7 Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte
- 8 Ergänzender SPD-Beschluss zur dauerhaften Stabilisierung und Regulierung der Finanzmärkte
- 11 Abschlussbericht der Projektgruppe des SPD-Parteivorstandes
- 12 Bewertung der Ergebnisse des Bildungsgipfels
- 14 Bundestag verlängert ISAF-Mandat und stärkt den Wiederaufbau in Afghanistan
- 14 Bundestagsrede Steinmeiers zum deutschen Afghanistan-Einsatz
- 16 Bundesförderprogramm „Soziale Stadt“: Auch Kölner Projekte als förderungswürdig eingestuft

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 17 Vorgestellt: Gesine Schwan

INFOS UND IMPRESSUM

- 18 Sitzungswochen 2008, Infos über Martin Dörmann, Büroanschriften, Bildnachweis, Impressum



Die SPD wählte in Berlin Frank-Walter Steinmeier zum Kanzlerkandidaten und Franz Müntefering zum neuen Vorsitzenden (Bericht auf Seite 6)

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 28.10.2008

Das Comeback der Politik

Die Finanzmarktkrise macht offenbar, dass der Staat den Märkten klare Regeln setzen muss. Und wir brauchen eine neue Wertedebatte.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Große Koalition hat sich bei ihrer bislang schwersten Herausforderung als handlungsfähig erwiesen. Mit dem vom Bundestag innerhalb kürzester Zeit verabschiedeten **Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte** wurde neues Vertrauen geschaffen und ein Zusammenbruch unseres Bankensystems verhindert.

Noch ist die Krise nicht gelöst – aber es wurden richtige und wichtige Schritte zu ihrer Überwindung beschlossen. Weitere müssen folgen. Die bereits vor einem Jahr eingesetzte **SPD-Projektgruppe** hat hierzu in ihrem aktuellen Abschlussbericht zusätzliche Maßnahmen vorgeschlagen.

Wir Sozialdemokraten waren es, die bereits seit langem klare Regeln eingefordert haben. Unser Finanzminister **Peer Steinbrück** hat dies auf internationalen Konferenzen immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Und **Franz Müntefering** hat schon im Jahr 2005 unter dem Begriff der „Heuschrecken“ eine Debatte um die Rolle von Finanzmarktakteuren angestoßen.

Leider haben die Regierungen der anderen westlichen Industrienationen erst unter dem drohenden Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte eine Kurswende vollzogen. Die Krise muss nun als Chance genutzt werden, **internationale Regeln** zu vereinbaren, die nachhaltig wirken. Es hat sich gezeigt: In unserer immer stärker vernetzten globalisierten Welt sind alle voneinander abhängig, kein Land kann sich letztendlich von den Einflüssen aus anderen wichtigen Staaten abkoppeln. Dies zwingt zu gemeinsamem Handeln.

Die Finanzmarktkrise macht offenbar, dass der Staat Rahmenbedingungen setzen muss. **Märkte brauchen klare Regeln**. Je riskanter die Geschäfte, desto größer ist die Notwendigkeit von Transparenz und Kontrolle.

Die SPD will eine **neue Balance von Markt und Staat**. In unserem Hamburger Grundsatzprogramm steht: „Finanzmärkte bedürfen der politischen Gestaltung – im Zeitalter der Globalisierung auch über nationale Grenzen hinaus. Für uns gilt: so viel Wettbewerb wie möglich, so viel regulierter Staat wie nötig.“



Die von der SPD vorgeschlagenen Maßnahmen reichen von höherer **Eigenkapitalvorsorge** und strengeren **Bilanzierungspflichten** der Finanzinstitute bis hin zu einer neuen, zentralen Rolle des Internationalen Währungsfonds **IWF**. Besonders riskante Finanzinstrumente wie **Hedge-Fonds** und **Private Equity-Fonds** müssen straff reguliert und **Steueroasen** ausgetrocknet werden. Und schließlich brauchen wir ein neues **Anreiz- und Vergütungssystem** für Manager und eine stärkere **persönliche Haftung der Verantwortlichen**. Das Prinzip „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“ ist für Sozialdemokraten nicht akzeptabel.

Die **soziale Marktwirtschaft** in Deutschland war über Jahrzehnte ein Erfolgsmodell, hat aber seit einiger Zeit deutlich an Vertrauen verloren. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Menschen es zu Recht als ungerecht empfinden, dass die meisten von ihnen über viele Jahre eine **Reallohnstagnation** hinnehmen müssen, während gleichzeitig die **Managergehälter** bei großen Unternehmen zum Teil exorbitant gestiegen sind. **Josef Ackermann**, der Chef der Deutschen Bank, hat gar noch kürzlich Renditeerwartungen von 25 Prozent als völlig normal dargestellt. Und manche haben sich dafür feiern lassen, wenn sie zahlreiche Beschäftigte entlassen haben, und daraufhin die Börsenkurse kräftig gestiegen sind.

Deshalb brauchen wir eine tiefer gehende **Wertedebatte**, die ethische Grundsätze formuliert und **Wirtschaftsführer** einbezieht. Sie tragen letztlich nicht nur für ihre Aktionäre Verantwortung, sondern haben eine wichtige Vorbildfunktion in unserer Gesellschaft. Die Legitimitätskrise der Marktwirtschaft kann nur überwunden werden, wenn sich Manager wieder stärker für das Gemeinwesen verantwortlich fühlen und mit Augenmaß agieren.

Herzlichst

Ihr

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz besucht Schütte-Werk in Köln-Poll

Gespräche über die Beschäftigungssituation älterer Mitarbeiter

Im Rahmen seiner Minister-Tour besucht Bundesarbeitsminister **Olaf Scholz** eine Reihe von Betrieben, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Alter über 60 Jahren beschäftigen, um sich ein Bild über deren persönliche Situation im Betrieb zu machen. Am 6. Oktober kam er in den Wahlkreis von **Martin Dörmann** und besichtigte die in vierter Generation geführte **Firma Alfred H. Schütte** in Köln-Poll, ein führender Werkzeugmaschinenhersteller. Bei seinem Besuch ging es ihm vor allem um die Frage, was getan werden muss, um die Beschäftigungsquote bei den über 50-jährigen zu steigern und den Trend zur Frühverrentung nachhaltig zu verlangsamen.



Der Minister sprach mit dem Geschäftsführer **Carl Martin Welcker** und mit dem Betriebsratsvorsitzenden **Dieter Kartusch**. Er informierte sich über die betriebliche Situation der Beschäftigten über

60 Jahre im Produktionsbereich und ließ sich im Anschluss daran die Arbeitsvorgänge vor Ort zeigen, um sich ein Urteil über die schwierige und anstrengende Arbeit unter dem Gesichtspunkt, was gute Arbeit für ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausmacht, zu bilden.



Austausch über den Produktionsvorgang

Im Gespräch mit den älteren Mitarbeitern konnte sich Olaf Scholz davon überzeugen, dass sie mit ihrer Arbeit und den Rahmenbedingungen im Betrieb zufrieden sind. Einerseits erhalten sie Unterstützung, beispielsweise beim Lastenheben, andererseits geben sie ihr Wissen und ihre Erfahrungen an jüngere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen weiter. Aus dem anschließenden Meinungsaustausch aller Beteiligten nahm Olaf Scholz weitere Anregungen und Vorschläge mit nach Berlin.

Einweihung des Kunstrasenplatzes des SV Westhoven-Ensen 1931

Anstoß des Spiels gegen die FC-Altinternationalen durch Martin Dörmann

Vor der Rekordkulisse von 800 Zuschauern wurde am 12. Oktober bei strahlend blauem Himmel die neue Kunstrasenplatzanlage des „SV Westhoven-Ensen 1931 e.V.“ offiziell eröffnet. Höhepunkt der Feierlichkeiten war ein Fußballspiel zwischen dem SV Westhoven-Ensen-Oldstars und der Traditionsmannschaft des 1. FC Köln Altinternationale.

Martin Dörmann, der vor vielen Jahren selbst einmal für den SV Westhoven-Ensen kickte, spielte zu Beginn bei den Oldstars mit und durfte zusammen mit **Hannes Löhr** den Anstoß ausführen. Die von **Wolfgang Weber** betreuten FC-Stars waren u. a. mit **Stefan Engels** und **Gerd Strack** angetreten. Martin Dörmann hatte sich zusammen mit anderen erfolgreich für die finanzielle Förderung des Platzumbaus durch die Stadt Köln eingesetzt. Bei seinem Grußwort lobte er den vorbildlichen Einsatz der ehrenamtlichen Vereinsmitglieder bei der Renovierung des Vereinsheims im letzten Jahr. Der SV verfügt jetzt über eine Anlage, um die ihn

viele Vereine in Köln beneiden werden. Entsprechend groß ist bereits jetzt der Zulauf insbesondere von Jugendlichen, wie Vereinsvorsitzender **Heino Bauermeister** und Kassierer **Andreas Mielke** berichten konnten.



Martin Dörmann beim Anstoß mit Hannes Löhr

BUCHVORSTELLUNG

Zum Herbst hat eine Reihe prominenter Sozialdemokraten neue Bücher vorgelegt. Nachfolgend drucken wir zu einigen von ihnen die Verlagsbeschreibungen ab.

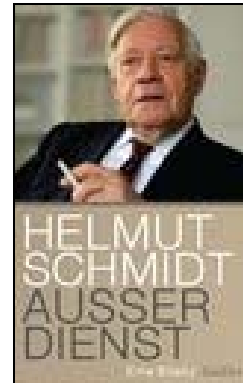
Helmut Schmidt „Außer Dienst – eine Bilanz“

In seinem Buch über die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Kanzleramt beschreibt Helmut Schmidt die umwälzenden historischen Entwicklungen seit dem Ende des Kalten Kriegs, er macht sich Gedanken über die gegenwärtige Politik und die Zukunft Deutschlands, und er spricht über sehr Persönliches: über prägende Kriegserfahrungen, über eigene Fehler und Versäumnisse, seinen Glauben und das Lebensende.

Helmut Schmidt, der am 23. Dezember 90 Jahre alt wird, zählt zu den großen Figuren der deutschen Politik, über die Parteigrenzen hinweg verkörpert er für viele Deutsche den idealen Staatsmann schlechthin. 25 Jahre nach dem Ende seiner Amtszeit als Bundeskanzler zieht er nun Bilanz – und er äußert sich gewohnt deutlich zu zentralen Fragen unserer Zeit. So geißelt er die globalen Verwerfungen des Raubtierkapitalismus und er appelliert an die Moral der Eliten in unserem Land.

Welchen Leitbildern soll man folgen? Kann man aus der Geschichte lernen? Wie erwirbt man politische Klugheit? Immer wieder kreisen die Gedanken des Autors um das schwierige Selbstverständnis der Deutschen, um ihre oft unheilvolle Rolle in der Geschichte und ihre Zukunft innerhalb der Europäischen Union. Eingestreut sind aber

auch höchst private Reflexionen und Bekenntnisse. Helmut Schmidts Bilanz ist ein lebendiges Buch voller Gedanken und Erinnerungen, sorgfältiger Analysen und kleiner Anekdoten, ein Buch, das als die Summe eines reichen Politikerlebens gelten kann.



Helmut Schmidt: Ausser Dienst

Gebundenes Buch, 352 Seiten, ISBN: 978-3-88680-863-2, Verlag Siedler, € 22,95 [D]

Erhard Eppler: „Eine Partei für das zweite Jahrzehnt: die SPD?“

Erhard Eppler, über beinahe zwei Jahrzehnte Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission, beschäftigt sich in seinem Buch ausdrücklich mit seiner Partei, ihren Aufgaben und ihren Chancen. Der Titel „Eine Partei für das zweite Jahrzehnt“ weist schon auf einen wichtigen inhaltlichen Bezug des Buches hin: Im zweiten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts läuft die marktradikale Welle aus, die ein Vierteljahrhundert lang auch über Europa und Deutschland hinwegschwappte. Was bleibt, ist eine deutsche Gesellschaft, deren Gerechtigkeitsempfinden tief verletzt ist und in der die Kluft zwischen arm und reich sich in einem Maße vertieft hat, dass die Spaltung der Gesellschaft droht. In vielen Ländern, vor allem Schwellenländern, ist dies Wirklichkeit und geht einher mit einer Tendenz zum Marktstaat und damit zur Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt. In Deutschland aber, so Eppler, lasse sich die Spaltung noch aufhalten. Eppler unterstreicht, dass dies eine gewaltige Anstrengung verlange, da die Fakten der Globalisierung die marktradikale Ideologie überlebt hätten.

Und obwohl eine Mehrheit der Deutschen sich eine solche Politik wünsche, seien die meisten Parteien dafür nicht gerüstet. Der ehemalige Bundesminister analysiert davon ausgehend die bundesdeutschen Parteien und kommt zum Schluss: In den Unionsparteien werden die Kräfte, die sich der Aufgabe annehmen könnten, regelmäßig ausgebremst, die Partei Die Linke sei noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen. Bleibe die Sozialdemokratie – und eventuell die Grünen. Die SPD trete seit eineinhalb Jahrhunderten für soziale Gerechtigkeit ein und habe in

dieser Zeit gelernt, dies mit ökonomischer und ökologischer Verantwortung zu verbinden. Sie könne die Aufgabe schultern, wenn sie ihr Hamburger Programm ernstnehme und Wege finde, die möglichen Bündnispartner richtig anzusprechen.

Erhard Eppler entwickelt kein flächendeckendes Programm, er konzentriert sich vielmehr auf Beispiele wie den Mindestlohn und die Energiepolitik, aber auch auf die innere und äußere Sicherheit. Das Buch strahlt etwas aus, was inzwischen selten geworden ist: Das Selbstbewusstsein eines alten Sozialdemokraten, der seiner Partei klarmacht, wie nötig sie gebraucht wird.



Erhard Eppler:

Eine Partei für das zweite Jahrzehnt: die SPD?

Broschur, 96 Seiten, ISBN 978-3-86602-175-4, Vorwärts Buch, € 9,95 [D]

Franz Müntefering / Tissy Bruns: „Macht Politik!“

"Realität gestalten, nicht Wolken schieben." lautet das Motto des Buches von Franz Müntefering. Hierin erklärt er einen neuen Gesellschaftsentwurf: Die Verbindung der Lebensziele von Menschen mit den Maximen demokratischer und sozialer Gemeinschaft. Er benennt die sich rapide verändernden Lebenswirklichkeiten, die bestimmt sind von sozialen, technischen und medizinischen Fortschritten, von der Globalisierung, von Demografie und Integration. Mit diesen Veränderungen muss die Politik Schritt halten, deshalb seine Forderung: Macht Politik! - sozial, demokratisch und mit Liebe zum Leben.

Müntefering spricht aber auch über seinen Weg in die Politik, macht seine Haltung zur Linkspartei deutlich, nimmt Stellung zur Agenda 2010, übt Kritik am Partei-egoismus der CDU in der großen Koalition und wirft einen Blick auf die Bundestagswahl und den Wahlkampf 2009.

Auf die Fragen der Chefkorrespondentin des „Tagesspiegel“ Tissy Bruns antwortet Müntefering klar, ehrlich und sehr persönlich.



Franz Müntefering mit Tissy Bruns: Macht Politik!
Gebundenes Buch, 224 Seiten, ISBN 978-3-451-30122-3,
Verlag Herder, € 19,95 [D]

Sigmar Gabriel: „Links neu denken – Politik für die Mehrheit“

Sigmar Gabriel redet Tacheles: Er beschreibt pointiert, was heute links ist – und was nicht. Denn eigentlich heißt die Frage nach Links oder Rechts nichts anderes als: In welcher Gesellschaft wollen wir leben?



Schluss mit dem Eiertanz um die politische Mitte in Deutschland. Unser Land und die politischen Koordinaten

sind in Bewegung. Aber was heißt das? Und was bedeutet dieser neue Genosse Trend für die älteste der deutschen Parteien: die SPD? Sigmar Gabriel, einer der wenigen Sozialdemokraten, „der Parteitage zum Tanzen bringen kann“ (Der Spiegel), beschreibt sein ganz persönliches Verständnis von „links“, liefert eine glasklare politische Analyse und zeigt prägnant Auswege aus der gegenwärtigen Krise.

Seine Idee von „links“ ist der geglückte Versuch, die Widersprüche von Globalisierung, Modernisierung und den damit zusammenhängenden Folgen menschenwürdig aufzulösen. Seine Schlüsselworte lauten dabei Emanzipation und Fortschritt.

Sigmar Gabriel: Links neu denken
Klappenbroschur, 380 Seiten, ISBN: 978-3-49205-212-2,
Verlag Pieper, € 16,90 [D]

Außerdem erschienen:

Kurt Beck: Ein Sozialdemokrat

Gebunden, 260 Seiten, ISBN: 978-3-86612-204-8, Verlag Pendo, € 19,90 [D]

Die Autobiografie des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz.

Lale Akgün: Tante Semra im Leberkäseland Geschichten aus meiner türkisch-deutschen Familie

Klappenbroschur, 256 Seiten, ISBN: 978-3-8105-0119-6, Krüger Verlag, € 14,90 [D]

Bei Familie Akgün war es nie langweilig. Dafür sorgten schon die unterschiedlichen Familienangehörigen: der politisch sehr begeisterungsfähige Vater, ein Zahnarzt, und die schlanke, vornehme Mutter, überzeugte Kemalistin und begeisterte Mathematikerin, einen Kopf größer als ihr Mann und völlig humorlos. Tante Semra, die erst nach Mekka pilgert, um eine echte Hadschi zu werden, und dann alles dafür tut, den Ramadan zu umgehen und sich Leberkäsebrötchen zu gestatten. Die Schwester, die den deutschen Adel für sich entdeckte und ihre Liebe zum Klatschblätterwald – von den deutschen Nachbarn und ihrer türkischen Gastfreundschaft ganz zu schweigen. Herrlich komische Geschichten von Türken und Deutschen, die so unterschiedlich und doch auch wieder so gleich sind.



SPD-Parteitag wählt neues Führungsduo Steinmeier und Müntefering

Franz Müntefering ist am 18. Oktober auf einem außerordentlichen Parteitag in Berlin mit 85 Prozent der Stimmen zum SPD-Vorsitzenden gewählt worden. Zudem wurde Außenminister und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier mit 95,13 Prozent zum Kanzlerkandidaten der SPD bestimmt.



In einer kämpferischen und programmatisch starken Rede auf dem außerordentlichen SPD-Parteitag hat der Kanzlerkandidat **Frank-Walter Steinmeier** das Jahr 2009 als ein "Jahr der Weichenstellung" bezeichnet. "Klare Führung" sei in Zeiten der Finanzkrise und schwieriger werdenden wirtschaftlichen Zeiten gefragt. "Wieder einmal gilt für die deutsche Sozialdemokratie: Wenn es eng wird, ist es gut, dass wir für unser Land Verantwortung tragen: Verantwortung für Deutschland!", rief Steinmeier den rund 480 Delegierten und mehr als 2000 Gästen zu. Die marktliberale Ära sei vorbei. "Jetzt ist Zeit für Umdenken, neues Denken und Neubeginn." In einer Phase des Neubeginns, machte Steinmeier deutlich, müssten die Sozialdemokraten Orientierung und Richtung geben und Verantwortung für das Land übernehmen. Menschen merkten in Zeit von Krisen, dass das Soziale und Demokratische wichtig sei.

Sogenannte Wirtschaftsexperten wollten, dass der Staat sich aus der Wirtschaft raushalten müsse. "Die Lehman-Brothers dieser Welt" wollten den Mittelständlern in Deutschland sagen, wo es lang geht. Das mache die Menschen wütend. Steinmeier kritisierte, dass diejenigen, die nie Respekt vor der Demokratie gehabt, die sie nur als lästige Bürokratie betrachtet hätten, jetzt nach dem Staat riefen.

Es gehe nicht nur um bessere internationale Regeln, sondern um einen umfassenden Neuanfang. Dazu bedürfe es mutiger Politik mit klarem Gestaltungsanspruch. Markt sei kein Selbstzweck, sondern eine Ordnung. Wer wie Merkel von einer menschlichen Marktwirtschaft spreche, dürfe sich dem Mindestlohn nicht verweigern, betonte der designierte SPD-Kanzlerkandidat. "Wer den Mund spitzt, der soll jetzt auch pfeifen!"

Die SPD habe im Gegensatz zur Union nichts dem Zeitgeist geopfert, "wir hatten den richtigen Kompass, nicht die anderen", erinnerte Steinmeier. Bei einem umfassenden Neuanfang gehe es auch um neue Energiepolitik, um gute Arbeit, gleiche Löhne für Männer und Frauen, und darum, dass Deutschland in Europa und international für

Frieden und Verständigung stehe. "Ich will ein Land, in dem Null Toleranz gegenüber Rassisten und Rechtsextremisten herrscht, ein Land, das Hetzjagden von Neonazis gegen Menschen anderer Hautfarbe oder Meinung nicht duldet." Bildung, so Steinmeier weiter, sei ein Menschenrecht. Gebührenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule. Das Bildungsversprechen von Willy Brandt müsse erneuert werden. Deutschland erlebe derzeit eine Zeitenwende. Notwendig sei eine gestaltende, mutige Politik mit Augenmaß. "Machen wir uns bereit. Fassen wir den Mut, den die Verantwortung braucht." Den Delegierten rief er zu: "Wenn ihr Vertrauen habt, dann bin ich bereit."

Die Botschaft von **Franz Müntefering** an die SPD auf dem Sonderparteitag war deutlich: "Die anderen haben die Kanzlerin, aber nicht die politische Meinungsführerschaft." Konjunktur habe vielmehr eine sozialdemokratische Idee: Dass Arme und Schwache nicht auf Barmherzigkeit angewiesen sind, sondern die organisierte Solidarität des Sozialstaates erfahren.

"Menschen für Menschen, das ist das sozialdemokratische Prinzip, die Antwort auf das, was wir jetzt zu leisten haben!", erklärte Franz Müntefering. Er benannte auch die zweite große Idee der Sozialdemokratie, die Idee der Demokratie. Es ginge den Sozialdemokraten darum, dass alle Menschen gleich viel wert seien, "alle auf gleicher Augenhöhe, keiner Herr und keiner Knecht, keiner soll sich bücken müssen vor dem anderen, sondern Demokraten begegnen sich auf gleicher Augenhöhe, als Bürgerinnen und Bürger, die dieses Land als Stolze, Freie und Linke demokratisch regieren wollen." Die Demokratie, so Müntefering, dürfe auch nicht vor den Fabrikatoren enden: Sozialstaat, soziale Marktwirtschaft und Sozialpartnerschaft gehörten zusammen. Die Arbeitnehmerrechte müssten in diesem Land gesichert sein - "auf immer und ewig".



In seiner Rede vor der Wahl zum Parteivorsitzenden machte Müntefering seinen Anspruch für das Wahljahr 2009 klar: Die schönsten Gedanken seien wenig Wert, "wenn sie nicht der hat, der auch die politische Macht hat". Für die Herausforderung der nächsten Jahre reiche es nicht, in der Bundesregierung eine Geschäftsführung zu haben, da brauche man eine Führung. Und diese Führung ist für Franz Müntefering rot: "Dass es gut für Deutschland ist, wenn Sozialdemokraten regieren, beweist die Geschichte."



Der langjährige Bundesvorsitzende Hans-Jochen Vogel neben den Altkanzlern Helmut Schmidt und Gerhard Schröder

Münzfering erinnerte an die Verdienste der rot-grünen Regierungszeit, insbesondere den Beginn der Energie- wende unter Gerhard Schröder: Seit 1998 habe man gelernt, "dass wir die Energieprobleme lösen können mit Verbesserung bei der Energieeffizienz". Mit der Energie-

Finanzmarktkrise

Das Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte

Das am 17. Oktober vom Bundestag verabschiedete Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte und zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf die Realwirtschaft soll vor allem für neues Vertrauen auf den Märkten sorgen. Dabei geht es nicht um den Schutz von Bankinteressen, sondern um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Denn ein funktionierender Finanzmarkt ist wichtig für alle: für den, der Altersvorsorge betreibt und für den Sparer genauso wie für mittelständische Betriebe, die ohne Kredite keine Investitionen tätigen können. Ziel des Rettungspaketes ist es, Arbeitsplätze und Wachstum in Deutschland zu sichern. Die Hilfen für die Banken werden nur mit strengen Auflagen für Finanzinstitutionen und Manager gewährt.

Keine Geschenke an die Banken

Die Funktionsfähigkeit des deutschen Finanzsystems leidet unter den Auswirkungen der gegenwärtigen Finanzmarktkrise. Da diese sich zunehmend auch auf die Realwirtschaft durchschlägt, werden Maßnahmen ergriffen, die die Stabilität und die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems gewährleisten.

Bundesbürgschaften über 400 Milliarden Euro sollen - gegen eine angemessene Gebühr - den Kreditverkehr der Banken wieder in Gang bringen. Denn nur wenn sie selbst liquide sind, können die Banken die übrige Wirtschaft weiter mit Kapital versorgen. Bei diesen Garantien muss der Bund lediglich dann eintreten, wenn es bei den Krediten von Bank zu Bank tatsächlich zu Ausfällen kommt. Für diese Fälle plant der Bundesfinanzminister vorsorglich fünf Prozent der Bürgschaftssumme, also 20 Milliarden Euro, im Haushalt ein.

Der Fonds ist also kein Geschenk an die Banken, sondern lediglich eine Bürgschaft. Banken, die die

wende könne man Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig dafür sorgen, dass die Welt Energie habe.

Ein Seitenhieb ging an diejenigen, die Politik nur kritisieren, aber nicht machen wollen: "Diejenigen, die auf der Tribüne sitzen - ich meine jetzt nicht euch - und die alles besser wissen und uns einen Ratschlag geben, was Politik anders machen soll, denen müssen wir in aller Deutlichkeit sagen: Jawohl, wir haben Macken, wir haben Schwächen, wir machen Fehler, wir sind unvollkommene Menschen. Aber die, die sich anstrengen wie wir, die Kommunalpolitiker zumal, die in der Manege unterwegs sind, auch wenn sie Fehler machen, sind tausendmal gerechtfertigter als alle, die auf der Tribüne sitzen und sich das Maul zerreißen."

Der neue Parteivorsitzende wünscht sich eine Partei, die sich in ihrem Ziel einig ist: Sozialdemokratische Politik für Deutschland zu gestalten. Über den Weg könne man gerne streiten: "Reibung erzeugt Hitze, aber auch Fortschritt."

Bürgschaft in Anspruch nehmen, müssen dafür die bankübliche Vergütung zahlen.

80 Milliarden Euro gibt der Bund der Branche für Kapitalhilfen und kauft problematische Kredite auf. Auch die gibt es nicht geschenkt, der Staat erhält im Gegenzug von den Banken Aktien oder andere Wertpapiere, die später wieder verkauft werden. Ebenso wird die Unterstützung an klare Bedingungen geknüpft, zum Beispiel die Kreditvergabe an kleine Unternehmen oder den Verzicht auf Boni- zahlungen an Banker. Die Bundeshilfen sind bis Ende 2009 befristet und mit strengen Auflagen verbunden.

Das Paket baut auf dem am 12.10.2008 beschlossenen Aktionsplan der Staats- und Regierungschefs der 15 Euroländer, Großbritanniens, der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission auf. Weltweit werden die notwendigen Maßnahmen getroffen, um die Stabilität und die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems zu gewährleisten.

Die wesentlichen Maßnahmen des Gesetzes:

Finanzmarktstabilisierungsfonds

Die Finanzkrise darf nicht mit voller Wucht auf die Realwirtschaft durchschlagen. Es wird deshalb ein breiter Absicherungsschirm mit einem Volumen von 500 Milliarden Euro gespannt. Mit Hilfe eines „Finanzmarktstabilisierungsfonds“ können in einem beschränkten Zeitraum zielgerichtete Maßnahmen finanziert werden, von denen jedes Finanzinstitut in Deutschland Gebrauch machen kann.

Maßnahmen für beschränkte Zeit

Der Finanzsektor muss stabilisiert werden. Deshalb wird mit dem Gesetz dafür gesorgt, dass die Rekapitalisierung von Unternehmen des Finanzsektors wieder funktioniert - sich die Banken also

untereinander wieder Geld leihen. Die Banken müssen darauf vertrauen, dass sie ihr Geld zurückgezahlt bekommen, wenn sie einer anderen Bank einen Kredit gewähren. Im Maßnahmenpaket sind für diese Finanzierungsgeschäfte Garantien des Bundes vorgesehen, damit das Vertrauen in die Märkte wieder wachsen kann.

Wenn der Bund staatliches Geld zur Verfügung stellt, um das Eigenkapital der Banken zu stärken (sogenannte „Rekapitalisierung“), dann ist es damit nicht weg. Der Staat erhält im Gegenzug Anteile an Banken oder Aktien – und damit Bestimmungs- und Mitspracherechte. Ein weiterer möglicher Weg ist, problematische Vermögenswerte aufzukaufen und sie so zeitweise aus den Bankbilanzen zu nehmen.

Hilfe ist keine Einbahnstraße

Manager müssen harte Auflagen in Kauf nehmen, wenn sie unter diesen Absicherungsschirm wollen. Neben der angemessenen Vergütung für die Hilfen wird es für jedes Unternehmen, das Unterstützung braucht:

- eine Höchstgrenze für Vorstandsbezüge von 500.000 Euro geben müssen
- einen Verzicht auf Bonuszahlungen geben müssen
- einen Verzicht auf Dividendenausschüttungen geben müssen.

Sichere Sparguthaben

Die wichtige Nachricht für Sparerinnen und Sparer: Ihre Spareinlagen sind sicher. Die Einlagensicherung wurde von der Bundesregierung bereits verbessert und garantiert. Die Einlagensicherung gewährleistet in einem gewissen Umfang die Rückzahlungsansprüche der Kunden eines Kreditinstituts, falls das Kreditinstitut nicht in der Lage sein sollte die Einlagen des Kunden zurückzuzahlen. Deutschland wird nicht in eine Situation wie Island kommen. Konten werden nicht eingefroren. Die Arbeitsplätze in der Realwirtschaft wer-

den gesichert.

Neue Bilanzierungsrichtlinien

Die Bilanzierungsrichtlinien für Banken werden neu gefasst, damit die Institute flexibler auf die mit der Finanzmarktkrise verbundenen Belastungen reagieren können. Die neuen Vorschriften sollen bereits für das begonnene 3. Quartal dieses Jahres gelten.

Klare Regeln und mehr Transparenz

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat die Forderung nach klaren Regeln und mehr Transparenz für die Finanzmärkte bereits Anfang 2007 während der deutschen EU- und G 7-Präsidentschaft auf die Tagesordnung gesetzt. Nun erkennen auch die Amerikaner und die Briten die Notwendigkeit von stärkerer und effektiverer Regulierung.

Was vor kurzem noch bei Vielen als weltfremde Spinnerei galt, z. B. Verbot von Leerverkäufen, Regulierung von Finanzmärkten und effektive Aufsicht, setzt sich nun auch im angloamerikanischen Raum durch. Anlässlich des G7-Finanzministertreffen am 10. Oktober legte Peer Steinbrück einen 8-Punkte-Plan vor, der u. a. eine Bilanzierungspflicht für Finanzinnovationen, höhere Liquiditätsvorsorge bei Banken, internationale Standards für eine stärkere persönliche Haftung der verantwortlichen Finanzmarktakteure und eine Verbesserung der Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden fordert.

Peer Steinbrück setzt beharrlich sozialdemokratische Positionen durch. Die SPD will weiterhin für mehr Transparenz und Stabilität auf den globalen Finanzmärkten sorgen. Konkrete Vorschläge werden von einer Arbeitsgruppe der Partei in den nächsten Wochen vorgelegt. Die Annahme, der Markt reguliere sich selbst, ist offensichtlich falsch. In dieser Einsicht liegt die Chance, mittelfristig zu einer internationalen Einigung zu kommen, wie das globale Finanzsystem soweit kontrolliert werden kann, dass die gerade erlebte Krise eine einmalige bleibt.

Ergänzender SPD-Beschluss zur dauerhaften Stabilisierung und Regulierung der Finanzmärkte

Angesichts der gegenwärtigen Finanzkrise hat der außerordentliche Parteitag der SPD, basierend auf einem Entschließungsantrag der Bundestagsfraktion vom 16. Oktober 2008, einen Beschluss zur dauerhaften Stabilisierung und Regulierung der Finanzmärkte gefasst. Unter anderem wird gefordert, die Vergütung von Vorständen und Managern neuen Regelungen zu unterwerfen. Der Wortlaut des Beschlusses:

I.

Die soziale Marktwirtschaft ist das herausragende ökonomische Erfolgsmodell. Wirtschaftliche Stärke wird mit Wohlstand für breite Schichten und sozialer Sicherheit verbunden, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum gewährleistet Arbeitsplätze und sichert so die Teilhabe der Menschen an einem wesentlichen Bereich des gesellschaftlichen Lebens.

Marktwirtschaft erfordert Märkte. Sie sind notwendig, aber selbst keinen Werten verpflichtet und wandeln sich

rasch. Daher braucht es politische, braucht es demokratische Gestaltung und Regulierung - durch den Staat. Im Zeitalter der Globalisierung gilt das mehr denn je. Dabei ist es weltweit komplizierter geworden, die Chancen von Märkten für Wohlstand und Entwicklung für alle zu fördern und ihre negativen Auswirkungen zu minimieren. Das gilt im Besonderen für die globalisierten Finanz- und Kapitalmärkte.

Doch spätestens jetzt ist klar, dass ökonomische Maßlosigkeit in die Krise führt. Die Spekulationen, die mit am US-amerikanischen Grundstücksmarkt ausgekehrten

Kredit an Schuldner mit mangelhafter Bonität begannen, zeigen, welchen enormen ökonomischen Konsequenzen Gier und geschwundenes Vertrauen von international verflochtenen Finanzmarktteilnehmern plötzlich und unerwartet für Gesellschaften und Volkswirtschaften haben können.

Die amerikanische Hypothekenkrise war der Auslöser der Erschütterungen, die die Weltfinanzmärkte und auch wir in Deutschland zurzeit erfahren. Die Ursache liegt aber tiefer. An Bilanzen und Regeln vorbei wurden Akteure und Produkte geschaffen, die oft nicht mehr zu durchschauen waren und allein dem Ziel dienten, enorme Profite zu machen.

Risiken auf mehrere Schultern zu verteilen, ist an sich sinnvoll und gut. Aber nur, solange alle Träger davon wissen und das verantwortungsvoll tun. Doch schlechte Darlehensforderungen wurden verbrieft, mit guten vermengt, neugepackt, aufgehübscht und weiter verkauft, jahrelang mit erheblichem Profit. Viele machten einfach mit. Bei Bewertungen und Einschätzungen verließen sich viele einfach auf Rating-Agenturen und große Wirtschaftsberatungsfirmen - die meist mithalfen, die Produkte zu entwickeln, die sie dann bewerteten. Vor allem im angloamerikanischen Raum wurde geduldet, dass neben dem von Notenbanken und Aufsichtsbehörden überwachten Finanzmarkt ein rasant wachsender, intransparenter und in weiten Teilen unkontrollierter Markt entstand.

II.

Auch die Funktionsfähigkeit des deutschen Finanzsystems leidet unter den Auswirkungen der gegenwärtigen Finanzmarktkrise. Dies hat zum einen damit zu tun, dass verschiedene Akteure illiquide Aktiva (Assets) halten, für die kein Markt mehr besteht und damit kein Preis mehr festgestellt werden kann. Sie sind, sofern in Handelsbüchern geführt, aufgrund der geltenden Bilanzierungsvorschriften zu immer stärker verfallenden Werten in die Bilanz aufzunehmen und produzieren so enorme Buchverluste. Das zweite gravierende Problem ist, dass bewährte Refinanzierungsinstrumente ausfallen. So ist der Interbankenmarkt nachhaltig gestört, Banken leihen sich untereinander kaum mehr Geld. Auch andere Refinanzierungsinstrumente geraten zunehmend unter Druck. Die dadurch entstehenden Liquiditätsengpässe erlauben es Finanzinstituten nicht mehr, Risiken angemessen auszugleichen.

Ohne ein funktionierendes Finanzsystem ist der Zugang von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von kleinen und mittleren Unternehmen zu Krediten nachhaltig gestört. Die Bürger könnten in diesem Fall nicht mehr sicher und mit Gewinn sparen. Die gewohnte Zwischenfinanzierung von Arbeitslöhnen, Investitionen und anderen wichtigen Sicherheiten für Unternehmen sind nicht länger gewährleistet.

Misstrauen regiert überall, und die, die noch vor kurzem einen Rückzug des Staates und eine immer weitergehende Deregulierung der Märkte gefordert haben, reden nun einem starken Staat das Wort, der ausgleichen soll, was Manager angerichtet haben.

III.

Die SPD nimmt die Herausforderung an, in einer der gefährlichsten Finanzmarktkrisen der modernen Zeit Schaden von Deutschland abzuwenden. Sie übernimmt - wie stets, wenn es kritisch wird - Verantwortung für die Menschen in unserem Land. Zentrale Aufgabe ist, schnell für die Wiederherstellung des Vertrauens zu sorgen. Aktuell kann nur noch der Staat Vertrauen in die Finanzmärkte wieder herstellen. Er gewährleistet damit ein öffentliches Gut.

Mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz werden wir einen ersten Schritt aus der Krise tun. Deshalb brauchen wir dieses Gesetz. Der Finanzmarktstabilisierungsfonds wird zwar über die möglichen Maßnahmen der Garantien, der Rekapitalisierung sowie als letztes Mittel der Risikoübernahme Liquidität und Vertrauen im Markt zurückbringen. Zugleich werden aber Bedingungen für Stabilisierungsmaßnahmen aufgestellt. Und wir wollen, dass Defizite, die nach Abwicklung des Fonds verbleiben sollten, nicht durch Steuergelder, sondern mit Hilfe geeigneter Maßnahmen durch die Finanzbranche selbst ausgeglichen werden müssen. Denn es geht nicht um den Schutz der Banken oder der Manager, sondern um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass dieses Maßnahmenpaket mit europäischen und internationalen Partnern abgestimmt ist und die Maßnahmen in den Rahmen passen, den die europäischen G8-Staats- und Regierungschefs, der EU-Finanzministerrat und die G7-Finanzminister- und Notenbankgouverneure im Oktober 2008 beschlossen haben.

Vor allem Bundesfinanzminister Peer Steinbrück schafft durch sein Krisenmanagement Vertrauen und Sicherheit für die Menschen in unserem Land. Er hat darin unsere volle Unterstützung, auch und gerade für die bereits von ihm im "Beitrag der Bundesregierung zu Vorschlägen auf internationaler und europäischer Ebene zur Vermeidung ähnlicher Finanzmarktkrisen in der Zukunft" vorgelegten Punkte. Denn über ein erfolgreiches Krisenmanagement hinaus gilt es, Konsequenzen zu ziehen und für die Zukunft so vorzusorgen. Eine Krise dieses Ausmaßes darf sich nicht mehr ereignen.

So wird die gegenwärtige Krise auch negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes haben. Wie groß diese Auswirkungen sein werden, kann derzeit nicht seriös quantifiziert werden. Deswegen muss nach den Ergebnissen der Steuerschätzung und im Rahmen der Beratungen zum Bundeshaushalt 2009 geprüft werden, ob weitere staatliche Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft geboten sind. Dabei könnte es sich insbesondere um Maßnahmen zur Stabilisierung und Ausweitung von nachhaltigen Investitionen in Infrastruktur, Energieeinsparung und Bildung handeln.

In der festen Überzeugung, dass dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz weitere Schritte folgen müssen, und in dem Bewusstsein, eine neue, bessere Finanzarchitektur in Deutschland und international mitgestalten zu wollen, fordern wir:

Die Rolle des IWF ist zu stärken. Bevor einzelne Staaten in den Bankrott zu gehen drohen, brauchen sie - vielleicht mehr denn je - internationale Solidarität. Die Staa-

tengemeinschaft wird nur mit einer geschlossenen Kraftanstrengung in der Lage sein, die gegenwärtige Systemkrise der Finanzmärkte zu lösen, aber auch zu überwinden. Der IWF ist die richtige Organisation, um einen neuen gemeinsamen Weg zu gehen.

Die international existierenden Steueroasen und weitgehend regulierungs- und rechtsfreie Offshore-Finanzzentren müssen trocken gelegt werden. Vor allem Steuerhinterziehung ist entschlossen zu bekämpfen. Auch neue Wege sind dazu erforderlich. Bedauerlicherweise finden sich Steueroasen und "Parkplätze für schwarze Kassen" auch immer noch in Europa. Daher muss Europa bei deren Bekämpfung auch vorangehen.

Wir fordern eine internationale Regulierung und Aufsicht von Rating-Agenturen, die verantwortliches Handeln sicherstellt. Der bestehende "Code of Conduct" sollte nach einer Überarbeitung rechtsverbindlich werden. Da es bislang nur US-amerikanische Rating-Agenturen gibt, sollte zeitnah geprüft werden, wie durch Errichtung einer europäischen Rating-Agentur ein Gegengewicht geschaffen werden könnte. Rating-Agenturen haben künftig die grundlegende Systematik ihrer Bewertungsmaßstäbe offenzulegen. Es ist Sorge dafür zu tragen, dass beratende Tätigkeiten bei Kreditverbriefungen, -bündelungen sowie der Erstellung anderer Produkte nicht zusammen mit deren anschließender Bewertung durch Rating-Agenturen, erst recht nicht durch die gleiche Unternehmensgruppe, erfolgen dürfen. Das Beratungsgeschäft ist vom eigentlichen Rating-Geschäft zu trennen. Des Weiteren sind einheitliche Standards für Rating-Agenturen vorzusehen, die sorgfältige und pflichtgemäße Bewertungen und Risikoanalysen zu verbessern helfen.

Es darf künftig keinen unregulierten Marktbereiche und keine "Regulierungs-Arbitrage" mehr geben. Dies ist durch verstärkte internationale Kodifizierung von Finanzmarktregulierungen, aber auch durch stärkere internationale Kooperation der Aufsichtsbehörden sicherzustellen. Zudem müssen internationale Vereinbarungen wie Basel II auch gelten und dazu in internationalem Gleichklang in geltendes Recht umgesetzt werden.

Es ist zu gewährleisten, dass Risiken nicht außerhalb von Bilanzen platziert werden dürfen. Dazu sind internationale einheitliche Bilanzierungsstandards zu schaffen, die insbesondere klare und einheitliche Bewertungsregeln mit jeweils adäquaten Wertansätzen enthalten. Möglichkeiten zur Vermeidung von Prozyklizität sollten genutzt werden. Um Krisenverschärfungen wie gegenwärtig zu vermeiden, soll im Krisenfall klar reguliert und beaufsichtigt eine flexible, aber begrenzte Übertragung zwischen Handels- und Bankenbuch erfolgen dürfen.

Wir wollen neue Transparenzpflichten für Risiken und eine höhere Risikovorsorge bei den Kreditinstituten. Jeder Finanzmarktakteur muss künftig verpflichtet sein, im Falle eines Erwerbs von Finanzprodukten, insbesondere strukturierten Produkten, eine eigene, zu dokumentierende Risikoeinschätzung des jeweiligen Produkts zu treffen und hierfür Risikovorsorge zu treffen. Einschätzungen von Rating-Agenturen und anderen sind nur als Indiz zu berücksichtigen. Bei Veräußerungen von Risiken sind mindestens 20 Prozent in der eigenen Bilanz zu

halten. Die Eigenkapitalunterlegung ist zu verstärken. Bankinternes Risikomanagement ist auszubauen.

Die stetige Integration der Finanzmärkte erfordert eine starke, effektive und effiziente Kontrollinstanz - national, europäisch, international. Eine starke und qualitativ gute Aufsicht liegt auch im Interesse der Finanzmarktakteure. Einheitliche nationale Aufsichtsbehörden sind zu errichten. Hier ist Deutschland auf einem guten Weg. Zudem müssen die Kompetenzen der nationalen Aufsichtsbehörden europäisch in einer engen Zusammenarbeit gebündelt werden. Dies meint nicht zwangsläufig die Gründung einer einheitlichen europäischen Aufsichtsbehörde. Gleiches gilt für die internationale Zusammenarbeit, die jedoch einem zentralen Koordinator wie zum Beispiel dem Internationalen Währungsfonds unterstellt werden sollte.

Eine Zulassungspflicht für Finanzmarktprodukte und Finanzinstrumente ist zu prüfen, auch mit der Option, solche Produkte und Instrumente verbieten zu können, wenn sie mit zu hohen Risiken verbunden sind, die sich systemisch auswirken könnten. Leerverkäufe generell zu untersagen gehört auf diese Tagesordnung. Auf EU-Ebene, besser sogar im internationalen Bereich müssen künftig Anforderungen an riskante Finanzprodukte definiert und überwacht werden. Privatanleger müssen wirksamer als bisher vor hochriskanten Finanzprodukten geschützt werden. Im Fall einer falschen Beratung müssen sie ihre Ansprüche wirksamer durchsetzen können.

Kreditfinanzierungen über sogenannte leveraged buy-outs (LBO), wie sie vorwiegend von Hedge-Fonds und Private Equity-Gesellschaften durchgeführt werden, gehören stärker reguliert. Einheitliche europäische, besser internationale Mindeststandards bei Kontrolle und Aufsicht der Akteure bei ihrer Kreditaufnahme sind notwendig. Eigenkapitalanforderungen und der Einsatz von Eigenkapital bei LBOs sind wesentlich zu verschärfen. Dies kann auch über ein zeitweises Verbot fremdfinanzierter Sonderausschüttungen oder einer Begrenzung des LBO durch eine Mindestkapitalquote für einen bestimmten Zeitraum erfolgen.

Die Vergütung von Vorständen und Managern muss neuen Regelungen unterworfen werden. Die Bezahlung von Managern hat sich in den letzten Jahren von der Entwicklung der übrigen Gehälter abgekoppelt. Das hat nicht nur zu einem Gerechtigkeitsdefizit geführt, sondern auch zu falschen Vergütungsanreizen. Dies war für die jetzige Finanzmarktkrise mit ursächlich. Es ist Aufgabe der Aufsichtsräte, auf die Angemessenheit der Vorstandsgehälter zu achten. Dieser Verantwortung scheint man nicht immer gerecht geworden zu sein. Vergütungssysteme wie z.B. (Jahres-) Boni oder Tantiemen, die nur zu kurzfristigem Gewinn des Unternehmens motivieren, aber auch Aktienoptionen und andere kurzfristige Renditeinteressen begünstigende Vergütungselemente müssen stark eingeschränkt werden. Dazu soll das Kriterium der "Angemessenheit" in Paragraph 87 Aktiengesetz konkretisiert werden. Eine auf den kurzfristigen Shareholder Value ausgerichtete Unternehmenspolitik wird nicht länger goutiert. Es ist eine ausdrückliche gesetzliche Regelung für die persönliche Haftung der Aufsichtsräte bei unangemessener Vergütungsfestsetzung zu schaffen, der Ausübungszeitraum bei Aktienoptionen ist von mindes-

tens zwei auf mindestens drei Jahre oder mehr zu verlängern. Die Verantwortung für Vorstandsvergütungen ist dem Aufsichtsrat insgesamt zu übertragen und nicht einem Ausschuss vorzubehalten. Die Verpflichtung zur Offenlegung der individuellen Vorstandsvergütung ist zu konkretisieren, insbesondere im Hinblick auf Abfindungen und Ruhegelder. Die Möglichkeiten, bei einer schlechten Unternehmensentwicklung Managergehälter nachträglich zu begrenzen, sind deutlich zu verbessern.

Die Haftung der Vorstände und Aufsichtsräte (Paragrafen 93, 116 AktG) ist heute bereits strikt geregelt. Sie haften gegenüber der Gesellschaft für leichtestes Verschulden ohne jede höhenmäßige Begrenzung mit ihrem gesamten Privatvermögen. Außerdem gilt eine Beweislastumkehr zu ihren Lasten. Es wurden bisher aber nur

selten Schadensersatzsprüche geltend gemacht. Offenbar bedarf es vor allem eines grundlegenden Kulturwandels in den Unternehmensführungen. Insbesondere die Aufsichtsräte müssen künftig ihre Kontrollaufgaben im Sinne des Unternehmens als Ganzem und seiner Anteilseigner verantwortungsbewusster und mit größerem Nachdruck wahrnehmen und im Falle unzureichender Ergebnisse des Managements die gesetzlich möglichen Sanktionen auch durchsetzen. persönliche Haftung von Vorständen und Aufsichtsräten ist zu verschärfen.

Wir erwarten, dass in europäischer Abstimmung ein Weg gefunden wird, mögliche Verluste aus Rettungsmaßnahmen auf die gesamte Finanzbranche oder auf die Institute zu verteilen, die Leistungen des Finanzmarktstabilisierungsfonds in Anspruch genommen haben.

Abschlussbericht der Projektgruppe des SPD-Parteivorstandes

14 Maßnahmen für mehr Transparenz und Stabilität auf den Finanzmärkten

Das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in seiner Sitzung am 27. Oktober 2008 den Abschlussbericht der Projektgruppe des SPD-Parteivorstandes „Mehr Transparenz und Stabilität auf den Finanzmärkten“ unter dem Titel „Eine Neue Balance von Markt und Staat: Verkehrsregeln für die Internationalen Finanzmärkte“ zur Kenntnis genommen. Hier die Zusammenfassung:

Um Wachstums- und Wohlstandsverluste für die Menschen zu vermeiden, um potenzielle Krisenquellen auf den Finanzmärkten früher zu identifizieren und Krisenwirkungen besser einzudämmen, brauchen wir eine neue Balance zwischen Finanzmarkt und Staat. Wir brauchen eine Hinwendung zu einer Kultur der Nachhaltigkeit auch an den Finanzmärkten. Bei der Erarbeitung international abgestimmter Regeln für die Finanzmärkte sollten wir uns nach Auffassung der Projektgruppe auf folgende vierzehn Maßnahmen konzentrieren:

1. Höhere Liquiditäts- und Eigenkapitalvorsorge der Finanzinstitute!

Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätsvorschriften müssen ausgebaut, Liquiditätsrisiken stärker berücksichtigt, Liquiditätspuffer geschaffen, Stress-tests optimiert und die Aufsicht besser einbezogen werden. Ebenso müssen die Eigenkapitalanforderungen deutlich steigen: Wir fordern Mindesteigenkapitalquoten. Das gilt nicht zuletzt für Kredite an Hedge-Fonds, für die zukünftig mindestens 40 Prozent Eigenkapital hinterlegt werden sollte.

2. Strengere Bilanzierungspflichten der Finanzinstitute!

Risiken müssen in Zukunft eindeutig in den Bilanzen der Finanzinstitute ausgewiesen sein und dürfen nicht etwa - wie bisher üblich - in Zweckgesellschaften ausgelagert werden. Die EU-Bankenrichtlinie ist in diesem Punkt noch nicht präzise genug. Wir halten es für dringend notwendig, Risiken zwingend nach einem standardisierten Schema darzulegen. Die gegenwärtige „Fair-Value-Bewertung“ muss krisenoptimiert werden.

3. Mindestens 20 Prozent Selbstbehalt bei Verbriefungen!

Wir brauchen ein stärkeres Risikobewusstsein im gesamten Finanzsystem. Die Trennung zwischen

der Entscheidung, einen Kredit zu vergeben, und der Verantwortung für das damit einhergehende Risiko muss aufgehoben werden. Deshalb dürfen Finanzinstitute ihre Kreditrisiken nicht mehr zu 100 Prozent verbrieften und weiterreichen können. Sie müssen auf Grundlage einer internationalen Regelung nach unserer Auffassung künftig mindestens 20 Prozent des Risikos selber tragen.

4. Verbot schädlicher Leerverkäufe!

Schädliche ‚Leerverkäufe‘, also die ungedeckte Spekulation auf fallende Aktienkurse, haben die Finanzmarktkrise noch verschärft. Krisenverschärfende, schädliche Leerverkäufe müssen auf internationaler Ebene verboten werden.

5. Anpassung der Anreiz- und Vergütungssysteme!

Wer von Gewinnen profitiert, muss auch Verluste tragen. Über veränderte Anreiz- und Vergütungssysteme im Finanzsektor auf Grundlage eines internationalen ‚Verhaltenskodex‘ wollen wir dafür sorgen, dass individuelles Fehlverhalten in Zukunft individuelle Sanktionen nach sich zieht.

6. Persönliche Haftung der Verantwortlichen!

Das Prinzip „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“ ist für uns inakzeptabel. Wir brauchen internationale Standards für eine stärkere persönliche Haftung der Finanzmarktakteure. Ihre Verantwortung muss sich auch in der Möglichkeit einer gemeinschaftlichen und individuellen Haftung widerspiegeln.

7. Europäische Aufsicht stärken!

Das europäische Aufsichtssystem muss weiter entwickelt werden. Zwar sind erste Schritte gemacht worden, aber sie reichen bei weitem nicht aus. So muss vor allem die nationale und supranationale Zusammenarbeit aller Aufsichtsbehörden endlich

in der EU-Bankenrichtlinie verankert werden. Im nächsten Schritt muss das Kollegium der an einer internationalen Bank beteiligten Aufsichten zu verbindlichen Entscheidungen befugt werden.

8. Verbesserte Ratings!

Die Errichtung einer europäischen Rating-Agentur als Gegengewicht zu den bislang allein in den USA existierenden Agenturen sollte geprüft werden. Die Beratungstätigkeit der Ratingagenturen muss eingeschränkt werden. Ratingagenturen müssen sich verpflichten, den - weiter zu entwickelnden - IOSCO Code of Conduct anzuwenden. Eine europäische Agentur - ggf. das Committee of European Security Regulators - sollte Ratingagenturen registrieren und kontrollieren. Die Bedeutung von Ratings für die Beurteilung von Risiken sollte verringert werden.

9. Zentrale und neue Rolle für den IWF!

Wir brauchen verstärkte Frühwarnkapazitäten und eine bessere Zusammenarbeit von IWF und FSF. Dazu müssen die Kernkompetenzen der beiden Institutionen zusammengeführt und ausgebaut werden. Ein gemeinsamer jährlicher Bericht von IWF und FSF könnte insbesondere die Effektivität bei der Krisenprävention erhöhen.

10. Hedge-Fonds und Private Equity-Fonds straff regulieren!

Hedge-Fonds und Private Equity-Fonds müssen effektiver kontrolliert und reguliert werden. Wichtige Stichworte sind für uns Pflichten zur Offenlegung der Vermögens- und Eigentümerstruktur, verstärkte Aufklärungspflichten hinsichtlich der Risiken für Anleger, Einschränkung übermäßiger Fremdkapitalfinanzierung und Anlagebeschränkungen.

11. Mehr Transparenz bei Staatsfonds einfordern!

Wir begrüßen die jüngsten vom IWF moderierten Fortschritte in der Selbstverpflichtung von Staats-

fonds zu stärkerer Transparenz und unterstützen weitere internationale, europäische und bilaterale Schritte zu einer konstruktiven Einbindung von Staatsfonds in das Weltfinanzsystem.

12. Beteiligungsrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken!

Die Mitbestimmung im Unternehmen ist ein wichtiges Instrument zum langfristigen Erhalt des Unternehmens und muss daher gestärkt werden. Die Sanktionen für die Verletzung der mit dem Risikobegrenzungs-gesetz ausgeweiteten Informationspflichten der Unternehmen gegenüber den Betriebsräten sind deutlich zu erhöhen.

13. Steueroasen austrocknen!

Die international existierenden Steueroasen und weitgehend regulierungs- und rechtsfreie Offshore-Finanzzentren müssen trocken gelegt werden. Vor allem Steuerhinterziehung ist entschlossen zu bekämpfen. Dazu sind auch neue Wege erforderlich. Bedauerlicherweise finden sich Steueroasen und „Parkplätze für schwarze Kassen“ auch immer noch in Europa. Daher muss Europa bei deren Bekämpfung auch vorangehen. Wir fordern eine Überarbeitung der EU-Zinsrichtlinie mit diesem Ziel.

14. Deutschlands Drei-Säulen-Modell bewahren - Landesbanken konsolidieren!

Die Projektgruppe steht zum dreigliedrigen, ausgeprägt dezentral strukturierten deutschen Bankensystem aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Geschäftsbanken. Die Verbundstrukturen der Sparkassen und der Genossenschaftsbanken haben gerade in der aktuellen Krise ihre stabilisierende Wirkung unter Beweis gestellt. Auch aus diesem Grund lehnen wir die Umwandlung der Sparkassen in Aktiengesellschaften und andere privatrechtliche Organisationsformen ab. Der Landesbankensektor muss horizontal konsolidiert werden.

→ Der komplette Abschlussbericht der Projektgruppe ist im Internet abrufbar unter www.spd.de/show/1760006/271008_abschlussbericht_finanzen.pdf

Bewertung der Ergebnisse des Bildungsgipfels

Die Gipfelergebnisse sind unzureichend – die SPD wird weiter Druck machen

Der von Bundeskanzlerin Merkel initiierte Bildungsgipfel am 22. Oktober 2008 in Dresden brachte genau das, was die SPD-Bundestagsfraktion befürchtete: Keine konkreten Ergebnisse. Alles, was dabei heraus kam, sind vage Zielformulierungen, Absichtserklärungen, Lippenbekenntnisse, die Wiederholung bereits verabredeter Ziele und die Auflistung bereits vereinbarter Maßnahmen.

Auch, wenn Kanzlerin und Bildungsministerin den Gipfel als Erfolg feiern, glaubt ihnen das keiner. Wer heute die Presselandschaft studiert wird kein Lob finden für die mageren Resultate. Und selbst

in der konservativen Presse sucht man vergeblich. Auch Wirtschaft, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Lehrerverbände, Wissenschaftler und viele mehr üben laut Kritik, an dem was da in Dresden stattgefunden hat. Mogelpackung macht als Wort die Runde.

Alles bleibt vage

Das formulierte Ziel, die Bildungsausgaben von Bund und Ländern bis 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, entspricht einer Beschlusslage der SPD. Allerdings ist völlig offen, woher das Geld zu welchen Anteilen eigentlich kommen soll. Dies soll nun eine Arbeitsgruppe bis

zum Herbst 2009 klären. Frei nach dem Motto "Wenn Du nicht mehr weiter weißt, dann gründe einen Arbeitskreis". Übrigens sind die unionsregierten Länder noch nicht einmal dazu bereit, sich zu verpflichten, die Gelder, die durch einen Rückgang der Schülerzahlen eingespart werden, im Bildungsetat ihres Landes zu belassen. Sie konnten sich lediglich dazu durchringen, in das Gipfelpapier zu schreiben, dass diese freiwerdenden Mittel "insbesondere" für die Verbesserung der Bildungsqualität aufgewendet werden sollten. Da bleibt jede Menge Interpretationsspielraum.

Vieles bleibt unklar

Die Erhöhung der Studienanfängerquote auf 40 Prozent wurde bereits im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD verabredet. Zwar haben die unionsregierten Länder inzwischen erkannt, dass in den kommenden Jahren eine Vielzahl an zusätzlichen Studienplätzen gebraucht wird, dennoch konnten sie sich nicht zu einer klaren Vereinbarung durchringen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird darauf drängen, dass der Hochschulpakt II vor allem die Studierenden im Blick hat. Kontraproduktiv zum Erreichen des 40 Prozentziels sind die Studiengebühren in den unionsregierten Ländern, an denen sie unbedingt festhalten wollen. Und das obwohl die aktuelle Studie des Hochschul-Informationssystems (HIS) gerade ausgewiesen hat, dass Studiengebühren eine abschreckende Wirkung auf viele junge Menschen haben. Vor allem für junge Frauen und junge Menschen aus bildungsferneren Milieus sind sie ein Grund, auf ein Studium zu verzichten.

Geradezu grotesk ist auch die Aussage von Bundesbildungsministerin Schavan gegenüber dem "Hamburger Abendblatt" vom 22. Oktober 2008. Dort trifft sie folgende Aussage: "Ich halte Studiengebühren für richtig". Und weiter: "Haushalte von Hochschulen können nicht nur gespeist werden aus Mitteln der öffentlichen Hand." Das zeigt deutlich, dass Ministerin Schavan und die Union die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben und es ihnen nicht um mehr Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem geht. Denn Studiengebühren können sich Studierende nur leisten, wenn es der Geldbeutel der Eltern hergibt. Oder, wenn sie das Risiko der Schuldenaufnahme eingehen. Das ist keine Chancengleichheit. Und dass die meisten Studierenden Studiengebühren als wichtigen Beitrag für die Weiterentwicklung ihrer Hochschule sehen, ist schlichtweg falsch. Das zeigen nach wie vor die zahlreichen Proteste und Aktionen der Studentinnen und Studenten, die Studiengebühren als das Branntmarken, was sie sind: sozial ungerecht. Und genau deshalb gibt es sie in den SPD-regierten Ländern nicht.

Des Weiteren soll die Quote der Schulabbrecher bis 2015 von acht auf vier Prozent gesenkt werden. Und die Zahl derer, die ihre Ausbildung nicht beenden soll von 17 auf 8,5 Prozent verringert werden. Wie dies genau erreicht werden soll, dazu

findet sich nichts.

Für die Erfolge in der Bildungspolitik steht die SPD

Alle konkret benannten Maßnahmen in dem Papier, auf das sich Bund und Länder auf dem Gipfel verständigten, sind bereits im Übrigen beschlossen und mit den Ministerpräsidenten verhandelt. Und sie gehen alle auf die Initiative der SPD zurück. Dazu zählen der Ausbau der frühkindlichen Bildung durch das Kinderförderungsgesetz mit dem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung nach den ersten 12 Lebensmonaten, die BAföG-Erhöhung um 10 Prozent, der Aufbau zusätzlicher Studienplätze durch den Hochschulpakt I und der Ausbildungsbonus.

Die Bildungsrepublik scheitert an der Union

Der Bildungsbericht der Bundesregierung 2008 hat wie viele Studien und Berichte vor ihm aufgezeigt, welche Aufgaben für das Bildungssystem in Deutschland bestehen. Die SPD hatte darauf gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion und den von ihr regierten Ländern bereits richtige Antworten gefunden. Diese hatte der SPD-Parteivorstand am 1. September 2008 beschlossen. Zwar zitierten Kanzlerin und Bundesbildungsministerin vor dem Gipfel gern Teile daraus. Doch dazu durchringen, diese notwendigen Schritte auch konsequent umzusetzen, konnten die Konservativen sich nicht. Dazu gehören:

- eine Vereinbarung für den dringend erforderlichen, flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen;
- eine Vereinbarung zu Schulsozialarbeitern an Ganztagschulen
- eine Vereinbarung zur Beitragsfreiheit in der frühkindlichen Bildung;
- eine Aussage zur abschreckenden Wirkung von Studiengebühren;
- ein Fahrplan für ein Anreizsystem für die Studienplatzfinanzierung nach dem Prinzip "Geld folgt Studierenden";
- klare Vereinbarungen für erweiterte Studienmöglichkeiten für beruflich Qualifizierte ohne Abitur.

Für SPD bleibt Bildung Nummer eins auf der Agenda

Die SPD-Bundestagsfraktion arbeitet weiter an der Verbesserung des Bildungssystems. Sie steht für ein Bildungssystem, das keinen ausgrenzt, das sozial durchlässig ist und Aufstieg ermöglicht. Deshalb wird die SPD-Bundestagsfraktion genau im Auge behalten, ob den Willensbekundungen konkrete Umsetzungsmaßnahmen folgen. Für die wichtigen weiteren Schritte hin zu einem sozial gerechten Bildungssystem wird auch nach dem Gipfel weiter intensiv zu kämpfen sein. Die SPD-Bundestagsfraktion ist bestens für diese Aufgabe gerüstet.

Das Bundestag verlängert das ISAF-Mandat und stärkt den Wiederaufbau

Am 16.10.2008 hat der Bundestag den Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1833 (2008) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen beschlossen. Dem Antrag wurde mit großer Mehrheit aus den Reihen der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP zugestimmt.

Mit der Verlängerung des ISAF-Mandats kommt die Bundesregierung einer Bitte der afghanischen Regierung und der Vereinten Nationen nach, im Rahmen der internationalen Gemeinschaft und der NATO weiterhin einen substanziellen Beitrag zum Wiederaufbau Afghanistans zu leisten. Das Mandat wird diesmal für 14 Monate verlängert, damit der 2009 neu zu wählende Bundestag die Möglichkeit hat, über eine weitere Verlängerung zu entscheiden. Die Befristung bis 13. Dezember 2009 gilt aber nur, solange ein Mandat des VN-Sicherheitsrats vorliegt.

Mittel für den Wiederaufbau um 75 Prozent gesteigert

Damit Afghanistan mittelfristig auf eigenen Füßen stehen kann, werden die Mittel für den zivilen Wiederaufbau um 75 Prozent auf 140 Millionen pro

Jahr bis 2010 erhöht. 2008 sind es sogar 170,7 Millionen, weil das geschundene Land obendrein mit einer großen Dürre zu kämpfen hat und Nahrungsmittel knapp werden. Das Bundeswehrekontingent wird u.a. wegen der stärkeren Beteiligung an der Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte auf 4.500 Soldatinnen und Soldaten aufgestockt. Außerdem müssen 2009 die Präsidentschaftswahlen und 2010 die Parlamentswahlen abgesichert werden. Schwerpunktmäßiges Einsatzgebiet bleibt der Norden und Kabul. Darüber hinaus können deutsche Streitkräfte in anderen Regionen für zeitliche und im Umfang begrenzte Maßnahmen eingesetzt werden. Aber nur dann, wenn diese zur Erfüllung des ISAF-Gesamtauftrages unabweisbar sind. Ebenso beteiligt sich Deutschland intensiver am Aufbau der afghanischen Polizei. Bestandteil des deutschen ISAF-Beitrags bleibt der Einsatz der Aufklärungsflugzeuge Tornado.

Die Anregungen der 2006 gebildeten Task Force Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion haben Eingang in das Regierungshandeln gefunden. Und Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat erheblichen Anteil daran, dass auf der Pariser Afghanistankonferenz im Juni 2008 der Paradigmenwechsel hin zu mehr Engagement für den Wiederaufbau gelungen ist. Dies hat sich im aktualisierten Afghanistan-Konzept niedergeschlagen. Das deutsche Engagement am Hindukusch wird jährlich von Regierung und Parlament geprüft und angepasst.

Bundestagsrede Steinmeiers zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan

Rede des Bundesministers des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier im Plenum des Deutschen Bundestages zur Beratung des Antrags der Bundesregierung „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) unter Führung der NATO“ vom 7. Oktober 2008:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Engagement in Afghanistan geht jetzt ins achte Jahr. Ich weiß: Das ist eine Probe für die Geduld und die langfristige Kraft der Weltgemeinschaft. Deshalb sage ich vorab drei Dinge: Erstens. Die Gründe, die uns 2001 nach Afghanistan geführt haben, gelten. Zweitens. Wir haben uns verpflichtet gegenüber einem Volk, das in 30 Jahren Krieg und Bürgerkrieg geschunden worden ist. Drittens. Wir wussten von Anfang an um die Schwere der Aufgabe. Deshalb gilt gerade jetzt: Ein gegebenes Wort muss gelten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind mitten auf dem Weg. In Afghanistan sind wir mit so etwas wie einer doppelten Realität konfrontiert. Auf der einen Seite haben wir durchaus viel erreicht. 85 Prozent der Bevölkerung haben jetzt Zugang zu einem Arzt oder einem Krankenhaus in ihrer unmittelbaren Nähe – das war in

Afghanistan vorher noch nie so –; übrigens auch dank vieler Tausend Kilometer Straßen und Brücken, die gebaut worden sind. Mehr als die Hälfte des minenverseuchten Afghanistans ist inzwischen geräumt. Auch das macht das Leben in Afghanistan in manchen Regionen sicherer. Der Wiederaufbau kommt in manchen Regionen ebenfalls durchaus voran, und zwar nicht nur in Kabul. Ich selbst habe das Beispiel des Krankenhauses in Masar-i-Scharif gesehen. Dieses Provinzkrankenhaus ist das zweitgrößte medizinische Lehrkrankenhaus im ganzen Land. 250 Krankenschwestern werden dort jährlich ausgebildet.

Wir reden über ein Land, in dem vor sieben Jahren noch Menschen gesteinigt worden sind und Musik verboten war. All denjenigen, die unsere Erfolge immer noch kleinreden wollen, muss man entgegenen: Jedes Stück Land, das ein Bauer wieder bestellen kann, jedes Kind, das in die Schule geht, jedes neue Krankenhaus und jeder Kilometer Straße sind auch ein kleiner Sieg der Menschlich-

keit.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, keiner ist naiv: Natürlich ist der Weg länger und steiniger, als wir alle uns das erhofft haben. Jedes zivile Opfer und jedes Selbstmordattentat sind ein Rückschlag, und die Rückschläge haben zugenommen – auch im Norden. Weder die internationale Staatengemeinschaft noch die afghanische Regierung – auch das ist wahr – haben die Korruption oder den Anbau und Handel mit Schlafmohn bisher wirklich in den Griff bekommen. Im Süden und Osten verunsichern nach wie vor – oder im Augenblick noch mehr – Terroristen die Bevölkerung, weil die Grenzen zu Pakistan faktisch ungesichert sind. Das ist die Lage, wie sie sich ungeschminkt darstellt. Die Fragen lauten: Welche Schlussfolgerungen ziehen wir aus dieser Lage? Sollen wir wirklich gehen, wenn es schwierig ist, wie manche es fordern? Sollen etwa Niederländer, Norweger, Polen und Finnen den Job machen, weil wir uns aus der Verantwortung stellen? Wenn Länder wie wir gingen, dann wäre das nicht nur eine Verletzung der Solidarität all denen gegenüber, die da bleiben, sondern es wäre noch schlimmer: Wir würden das Ziel aufgeben, für das wir sechs, fast sieben Jahre in Afghanistan gemeinsam gearbeitet haben. Unser Aufenthalt dort war nie und ist kein Selbstzweck. Wir hatten und haben ein klares Ziel: Wir wollen, dass die Menschen in Afghanistan die Zukunft ihres Landes möglichst schnell wieder in die eigenen Hände nehmen und selbst für Sicherheit in ihrem Land sorgen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir ziehen dabei mit vielen Afghanen an einem Strang. Das haben Sie in Gesprächen bei Afghanistan-Reisen und auch bei Besuchen afghanischer Politiker und Experten hier bei uns selbst erlebt. Diese sagen: Wir wollen und wir können die Vorsorge für die eigene Sicherheit leisten. Aber jetzt brauchen wir noch die Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft, und wir müssen uns vor allen Dingen darauf verlassen können, dass diese Hilfe in der nächsten Zeit noch geleistet wird. Darum geht es: Verlässlichkeit und Vertrauen. Dafür müssen auch wir stehen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das ist der Grund dafür, dass wir uns bei unserem ISAF-Einsatz, um den es heute geht, vor allen Dingen auf die Ausbildung und Ausstattung der afghanischen Sicherheitskräfte konzentrieren. Es ist eine gute Entwicklung, dass inzwischen bei 70 Prozent aller Sicherheitsoperationen in Afghanistan einheimische Sicherheitskräfte mitwirken. Außenminister Spanta hat mir das vor kurzer Zeit noch einmal berichtet. Das zeigt, dass wir insoweit auf dem richtigen Weg sind und auf diesem Weg weiter vorangehen müssen. Das ist der Grund, weshalb wir vorschlagen, im nächsten Jahr bis zu 4

500 Soldatinnen und Soldaten im Rahmen des ISAF-Mandats einzusetzen. Das sind in der Tat 1 000 Soldatinnen und Soldaten mehr als bisher. Wir brauchen sie nicht nur für die Ausbildung der einheimischen Soldaten, sondern auch für die Absicherung der kommenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Afghanistan. Zudem verdoppeln wir die Zahl deutscher Polizisten im Rahmen der europäischen Polizeimission EUPOL. Das ist ein deutlicher deutscher Beitrag, der auch mit Blick auf die Bitte um Zustimmung zu ISAF zu berücksichtigen ist.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ein Wort noch zu den Kritikern des Einsatzes, die es gibt und die sich lautstark äußern. Bleibt bei der Kritik bitte redlich!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Niemand verfährt im Augenblick im Hinblick auf Afghanistan nach dem Motto „Weiter so“. Wir haben unser Engagement immer wieder jährlich überprüft, auch gemeinsam mit Ihnen. Wir haben überprüft, was weiterhin notwendig ist und was entbehrlich geworden ist. Wir häufen gerade nicht, wie es in mancher öffentlichen Kritik heißt, Auftrag auf Auftrag. Deshalb lautet mein Vorschlag, den Sie gelesen haben: Lasst uns, wenn wir über das ISAF-Mandat entschieden haben und wenn die Beratungen in der NATO weitergegangen sind, Ja zu AWACS und Nein zu Einsätzen, die nicht mehr gebraucht werden, sagen. Das ist das Gegenteil von „Weiter so“ und von dem, was Sie hier manchmal kritisieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben ganz bewusst darauf verzichtet, eine Art Vorratsbeschluss für einen möglichen AWACS-Einsatz zu erbitten, über den in der Sommerpause diskutiert wurde, zu dem Sie aber in dem Antrag, über den wir heute diskutieren, nichts finden – wohl wissend, dass die NATO-Diskussion stattfindet, aber noch keine Beschlüsse der NATO vorliegen. Gleichwohl hat der zivile Luftverkehr in Afghanistan erheblich zugenommen; Afghanistan verfügt jedoch ganz ohne Zweifel über kein ausreichendes Bodenradar, um den gewachsenen Flugverkehr so zu überwachen, dass die Luftfahrzeuge in Afghanistan wirklich sicher abheben und wieder am Boden landen können. Deshalb brauchen wir auch AWACS; aber das ist nicht Gegenstand der Entscheidungen, die in dieser Woche im Deutschen Bundestag zu treffen sind.

Ich habe auch gesagt – das haben Sie gesehen –, dass der Einsatz von KSK nach meiner Auffassung in Afghanistan entbehrlich geworden ist. Wir haben in den letzten drei Jahren keine KSK-Soldaten zur Verfügung gestellt. Deshalb hielte ich persönlich es auch für richtig, wenn KSK-Einsätze im Rahmen des OEF-Mandates im Verlaufe dieses Jahres ausliefen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende

und sage: Die Bundesregierung hat erst vor wenigen Tagen in ihrem aktualisierten Afghanistan-Konzept den langfristigen und vor allen Dingen umfassenden Stabilisierungsansatz, der den Wiederaufbau einschließt, vorgetragen und bekräftigt. Alle anderen in Afghanistan vertretenen und engagierten Staaten folgen diesem Ansatz. Zu ihm gehört ganz ausdrücklich, dass wir die Nachbarn Afghanistans mit in den Blick nehmen, sie sogar noch sehr viel stärker einbeziehen. Selbstverständlich meine ich damit vor allen Dingen Pakistan, ein Schlüsselland für die Sicherheit und Stabilität der gesamten dortigen Region.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir müssen Pakistan dahin bringen, eine positive Rolle bei der Stabilisierung sowie beim Wiederaufbau der gesamten Region zu spielen. Deshalb habe ich mich mit anderen am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen in der vergangenen Woche darum gekümmert, Pakistan in eine Gruppe einzubinden, die diesen Prozess vorantreibt. Das reiht sich in die Bemühungen ein, die wir von deutscher Seite im vergangenen Jahr während unserer G-8-Präsidentschaft bereits gestartet haben und die durch die innenpolitischen Ereignisse in Pakistan unterbrochen worden sind; das haben Sie mitverfolgt. Ich sehe jetzt gute Chancen – erste Anzeichen dafür gibt es –, dass wir mit der neuen Regierung in Pakistan zu einem geordneten Austausch zwischen dem pakistanischen Präsidenten, dem afghanischen Präsidenten und den Ministerebenen darunter kommen. Bei der Reise nach Pakistan, die ich in etwas mehr als zwei Wochen unternehmen werde, werde ich versu-

chen, diesen positiven Ansatz, den es zwischen den beiden Ländern gibt, weiterhin zu stützen.

Meine Damen und Herren, die Verlängerung des ISAF-Mandats ist kein „Weiter so“, sondern sie ist auf die Bedürfnisse des nächsten Jahres zugeschnitten: Wir schicken mehr Soldaten. Wir konzentrieren uns auf die Ausbildung von Soldaten und Polizisten. Wir steigern die Ausgaben für zivilen Wiederaufbau auf jetzt immerhin 170 Millionen Euro, weil wir wollen – das sage ich Ihnen aus tiefer Überzeugung –, dass die Menschen in Afghanistan den Fortschritt tatsächlich spüren, sehen und erleben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Zum Schluss sage ich all jenen Danke, die sich häufig unter Einsatz ihres Lebens für den Wiederaufbau und die Stabilisierung Afghanistans einsetzen. Das sind unsere Soldatinnen und Soldaten, Polizisten und zivilen Aufbauhelfer. Ich weiß, wir alle miteinander wissen, dass deren Aufgabe im vergangenen Jahr nicht einfacher geworden ist, im Gegenteil. Wir wissen auch, Kollege Jung, was wir der Bundeswehr dort abverlangen, und wir trauern um diejenigen, die für den Einsatz in Afghanistan mit dem Leben bezahlt haben. Allen, die den Menschen dort helfen, damit sich das Leben der Bevölkerung in Afghanistan verbessert, schulden wir Dank und Anerkennung.

Sie alle haben, wie ich finde, die Unterstützung dieses Hohen Hauses verdient. Darum bitte ich Sie herzlich um Ihre Zustimmung zur Verlängerung des ISAF-Mandats.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Programm Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier

Auch Kölner Projekte wurden als förderwürdig eingestuft

Das Interessenbekundungsverfahren für das ESF-Bundesprogramm "Soziale Stadt - Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)" ist abgeschlossen: Von knapp 500 eingereichten Interessenbekundungen wurden von den Gutachtern 212 als förderwürdig eingestuft, darunter in Köln Porz-Finkenberg, Bocklemünd-Mengenich, Chorweiler, Mühlheim/Kalk/Vingst-Höhenberg.

Mit dem Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt“ sollen benachteiligte Quartiere ganzheitlich stabilisiert und aufgewertet werden. BIWAQ ist eine arbeitsmarktpolitische Ergänzung zum Bundesländer-Programm "Soziale Stadt". Es ist ein Herzstück sozialdemokratischer Stadtentwicklungspolitik und zielt auf Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung und Qualifizierung sowie zur Stärkung der lokalen Ökonomie in den Programmgebieten der Sozialen Stadt. Das Programm ist auf einen Zeitraum bis 2015 mit zwei geplanten Förderperi-

oden von bis zu vier Jahren angelegt. Bis 2015 kofinanziert der Bund das Programm mit 60 Millionen Euro und mobilisiert damit zusätzliche 104 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds.

Das Programm „Soziale Stadt“ ist ein sehr lebendiges Programm, das von der Beteiligung der Menschen im Stadtteil lebt und sie fördert. Es wirkt der sozialen Spaltung unserer Städte entgegen und ist deshalb aus sozialdemokratischer Sicht unverzichtbarer Bestandteil der Stadtentwicklungspolitik.

In der ersten Förderrunde (2008-2011) können von den bereits als förderwürdig eingestuften Interessenbekundungen 93 Programmgebiete eine Förderung erhalten. Sie sind jetzt dazu aufgerufen, ihren Förderantrag einzureichen.

Weitere Informationen sind unter www.biwaq.de zu finden.

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



Auf der Homepage www.martin-doermann.de sind 38 Portraits in einer Sonderausgabe abrufbar (Startseite)

Vorgestellt: Gesine Schwan Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin

Biografie

Geboren am 22. Mai 1943 in Berlin



Beruflicher Werdegang

1962 Abitur in West-Berlin, ab 1962 Studium der Romanistik, Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft an den Universitäten FU Berlin und Freiburg im Breisgau. Studienaufenthalte in Warschau und Krakau; 1970 Abschluss der Promotion über den polnischen Philosophen Leszek Kołakowski. 1971 zunächst Assistenz-Professorin am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin. 1975 dort habilitiert.

Ab 1977 als Professorin für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin; von 1992 bis 1995 Dekanin am Otto-Suhr-Institut. Von Oktober 1999 bis September 2008 Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder).

Politischer Werdegang

Seit 1970 Mitglied der SPD

1977 bis 1984 Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD

1985 bis 1987 Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft

Seit 1996 erneut Mitglied der Grundwertekommission.

Seit 2004 Koordinatorin für die deutsch-polnische Zusammenarbeit der Bundesregierung.

Am **23. Mai 2004** trat Schwan, die gemeinsam von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für das Amt der Bundespräsidentin vorgeschlagen worden war, in der Bundesversammlung gegen Horst Köhler an und erhielt mit 589 Stimmen (gegen 604 für Köhler) ein sehr respektables Ergebnis.

10 persönliche Fragen an Gesine Schwan

1. Welche politischen Vorbilder haben Sie?

Hans-Jochen Vogel, Richard v. Weizsäcker

2. Wen würden Sie gerne einmal treffen?

Kofi Annan – aber das durfte ich schon mal.

3. Ihre liebsten Urlaubsziele?

Weit weg. Strand und Sonne.

4. Ihre Leidenschaften?

Musik, politische Diskussionen, Studenten unterrichten.

5. Ihr politisches Leitmotiv?

Demokratie ist die Grundlage unserer Gesellschaft.

6. Ihre Lieblingsfilme?

Im Moment: „Straik“ von Volker Schlöndorff

7. Ihre Lieblingsmusik bzw. Lieblingssänger?

Alles, was sich zum Musizieren eignet.

8. Wen oder was nehmen Sie auf eine einsame Insel mit?

Meinen Mann, meine Tochter, meinen Enkel.

9. Ihre Lieblingsbücher?

Karl Jaspers: Der Philosophische Glaube

10. Über wen lachen Sie am liebsten (außer über sich selbst)?

Ich lache lieber zusammen mit anderen als über andere.

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2008 / 2009

Verbleibende Sitzungswochen 2008 sind die 46., 48., 49. und 51. Kalenderwoche. Für 2009 wurden bislang die 4., 5., 7., 10., 12., 13., 17., 19., 20., 22., 25. und 27. Kalenderwoche festgelegt. Voraussichtlich am 27. September 2009 ist Bundestagswahl.

In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages finden die Plenarsitzungen sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppen-sitzungen statt. Die Bundestagsabgeordneten sind in diesen Wochen in der Regel von Montag bis Freitag in Berlin.

Infos zu Martin Dörmann, MdB

Mitgliedschaften in Gremien

- Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Unterausschuss Neue Medien
- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (stellv. Mitglied)
- Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion
- Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post, und Eisenbahnen

Funktionen in der SPD-Bundestagsfraktion

- Stellv. wirtschaftspolitischer Sprecher
- Berichterstatter für Telekommunikation sowie Luft- und Raumfahrt

Bundestagswahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Colonius“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

Büroanschriften

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Dorotheenstraße 101, Raum 4.650

Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

eMail: martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam:

Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Marc Drögemöller, Sabine Schmidt

Internet-Homepage:

www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Telefon: 02203 / 52144
Fax: 02203 / 51044

Mitarbeiterteam:

Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer

eMail:

martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Telefon: 0221 / 8704302

Homepagebeauftragter:

Ralf Seinmeier

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel. 0221 / 169 195-77
Fax 0221 / 169 195-79

Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach

eMail:

koelner-spd-mdb@netcolgne.de



IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

Redaktion dieser Ausgabe: Martin Dörmann (verantwortlich), Sabine Schmidt, Marc Drögemöller

Bildnachweis: Jan Almstedt (Seiten 1, 6, 7), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Seite 3), Deutscher Bundestag (Seite 17), SPD-Parteivorstand (Seite 17).

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage:

www.martin-doermann.de

